

Arbeitsmarktsituation für Frauen im ländlichen Raum Ostdeutschlands

MARGIT FINK und REGINA GRAJEWSKI

Institut für Strukturforschung

1 Einleitung

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion leitete in den neuen Bundesländern drastische Strukturveränderungen ein. Obwohl diese die neuen Bundesländer in ihrer Gesamtheit betreffen, sind sie in ihrer Dynamik und Intensität doch regional sehr differenziert. Die räumliche Konzentration einzelner Sektoren und die regional unterschiedlich ausgeprägten Standortbedingungen sind u. a. hierfür verantwortlich. Da ländliche Räume relativ ungünstige Standortbedingungen aufweisen, sind sie von den durch die Transformation herbeigeführten Wandlungen in besonderem Maße betroffen. Dies findet seinen Ausdruck vor allem in der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Der dramatische Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft führte zu enormen Arbeitsmarktproblemen. Obwohl Männer und Frauen zu DDR-Zeiten gleichermaßen in das Erwerbsleben integriert waren, waren trotz des ideologisch motivierten Gleichberechtigungspostulats deutliche soziale Polarisierungen zwischen den Geschlechtern zu beobachten - nicht zuletzt durch die Segregation und Segmentierung des Beschäftigungssystems (Nickel, 1993) -, so daß die Geschlechter von unterschiedlichen Ausgangspositionen aus in den Umstrukturierungsprozeß starteten.

In diesem Beitrag werden frauenspezifische Erwerbsprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Frauen in ländlichen Räumen aufgezeigt und Möglichkeiten und Wirkungen der Arbeitsmarktpolitik diskutiert.

2 Frauenspezifische Erwerbsprobleme

Seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verlief die Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt für Frauen ungünstiger als für Männer. Der Frauenanteil unter den Beschäftigten sank von 47 % im November 1989 auf 43 % im November 1992 (Engelbrech, 1993). Die Zahl der erwerbstätigen Frauen lag im Herbst 1992 um 2,1 Mio. niedriger als im Frühjahr 1989 (gegenüber einem Rückgang von 1,6 Mio. bei den erwerbstätigen Männern). Die stärker rückläufige Frauenbeschäftigung trifft alle Branchen gleichmäßig, unabhängig von den gegenwärtigen Entwicklungsperspektiven wie auch vom ursprünglichen Frauenanteil in den Betrieben. Alle Branchen, ob sie schrumpfen, stagnieren oder prosperieren, ob sie über eine hohe oder niedrige Frauenbeschäftigung verfügten, haben eine relative Zunahme der Beschäftigung von Männern und Abnahme der von Frauen zu verzeichnen (Engelbrech, 1993). Die drastischen Beschäftigungsverluste haben zu einem fast kontinuierlichen Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit geführt (Abbildung 1). Der Anteil von Frauen an der Zahl

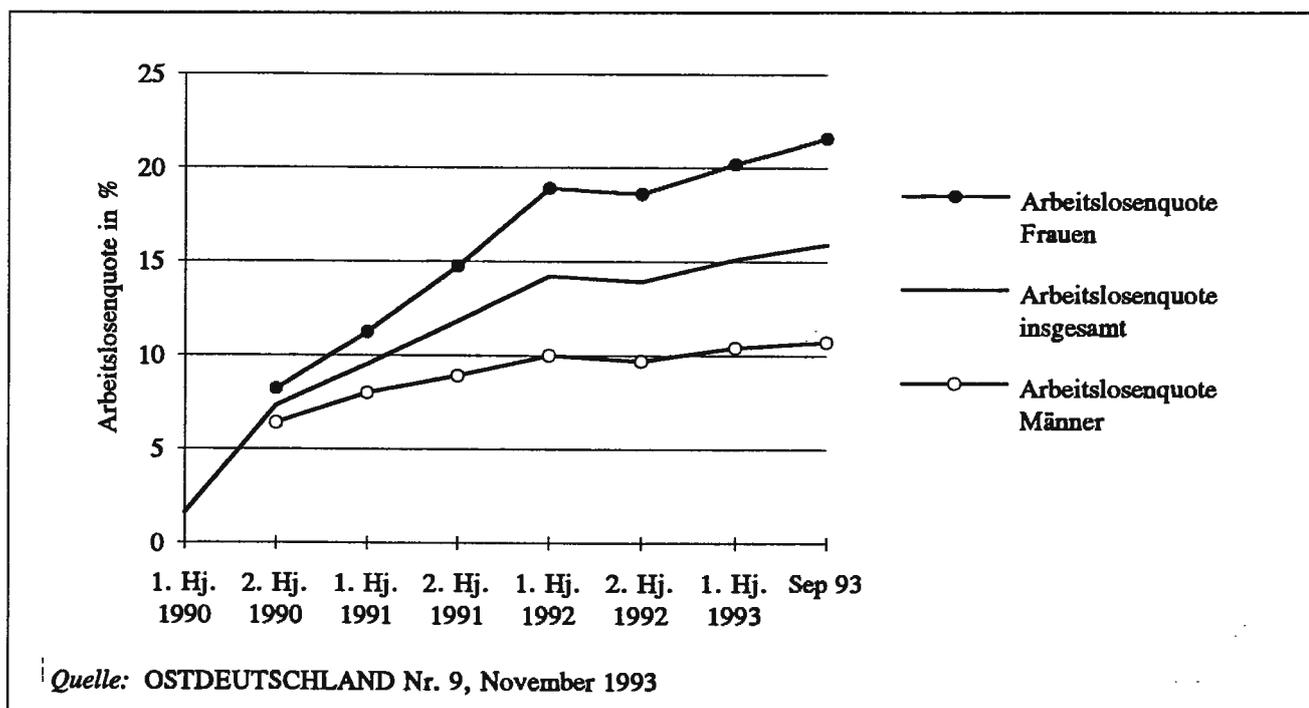


Abbildung 1: Entwicklung der geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquoten in den neuen Bundesländern vom 1. Halbjahr 1990 bis September 1993

der Arbeitslosen stieg von 54,5 % im 1. Halbjahr 1990 auf 65,4 % im September 1993 (Ostdeutschland Nr. 9, November 1993). Lag die Arbeitslosenquote der Frauen im 2. Halbjahr 1990 bei 8,2 % und damit um 1,8 Prozentpunkte höher als die der Männer, so vergrößerte sich der Abstand bis zum September 1993 auf 10,9 Prozentpunkte (Frauen: 21,6, Männer: 10,7 %) (Ostdeutschland Nr. 9, November 1993). Im September 1992 waren von den Langzeitarbeitslosen (ein Jahr und länger arbeitslos) 68,9 % Frauen (Bundesanstalt für Arbeit, September 1992).

Die weit überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit der ostdeutschen Frauen weist deutliche regionale Unterschiede auf, wobei nördliche Arbeitsamtsbezirke (AA-Bezirke) und AA-Bezirke mit einem hohen Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft i. d. R. von besonders hohen Frauenarbeitslosenquoten gekennzeichnet sind (vgl. Tabelle 1).

Bei der Typisierung von Rudolph (1990), die auf der Wohndichte, der Sektorstruktur der Beschäftigung sowie der relativen Konzentration der Beschäftigung im regional größten Industriezweig im Jahr 1989 beruht, wurden sechs ostdeutsche AA-Bezirke der Kategorie "Landregionen" zugeordnet, wobei die AA-Bezirke Stendal, Neubrandenburg, Schwerin und Eberswalde als "Dienstleistungsorientierte Landregion" und die AA-Bezirke Wittenberg und Neuruppin als "Landregion mit niedrigem Landwirtschaftsanteil und diversifizierter Industriestruktur" bezeichnet werden. Wie Tabelle 1 zeigt, waren im September 1993 in fünf dieser AA-Bezirke überdurchschnittlich hohe Frauenarbeitslosenquoten zu verzeichnen. Lediglich der AA-Bezirk Schwerin wies mit 18,9 % eine unterdurchschnittliche Frauenarbeitslosenquote auf, was sicherlich auf die günstige Lage (Nähe zu den Verdichtungsräumen Lübeck/Hamburg) zurückzuführen ist.

Neue Bundesländer insgesamt	21,6
AA-Bezirk Berlin (Ost)	15,1
AA-Bezirk Schwerin	18,9
AA-Bezirk Frankfurt/Oder	19,1
AA-Bezirk Chemnitz	20,3
AA-Bezirk Cottbus	23,3
AA-Bezirk Stendal	23,8
AA-Bezirk Eberswalde	24,6
AA-Bezirk Neuruppin	24,7
AA-Bezirk Wittenberg	25,4
AA-Bezirk Neubrandenburg	25,7
AA-Bezirk Nordhausen	27,1
Quelle: BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT	

Tabelle 1: **Frauenspezifische Arbeitslosenquoten in ausgewählten Arbeitsamtsbezirken im September 1993**

Eine detailliertere Analyse auf kleinräumiger Ebene könnte genaueren Aufschluß über die besondere Problematik ländlicher Räume gewähren, kann aber aus Gründen der Nichtverfügbarkeit von Daten hier nicht erfolgen.

Frauenarbeitslosigkeit im Osten ist bisher - im Gegensatz zum Westen - kaum durch Reintegrationsprobleme nach *längerer* Unterbrechung (Familienphase) verursacht. Folgende Faktoren werden als ursächlich für frauenspezifische Erwerbsprobleme in den neuen Bundesländern gesehen:

- Frauen werden häufiger entlassen als Männer,
- Frauen finden danach seltener wieder einen neuen Job,
- Frauen sind räumlich weniger mobil als Männer,
- Frauen profitieren nur unterdurchschnittlich von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Ostdeutschland Nr. 9, November 1993).

Diese Faktoren sollen im folgenden diskutiert werden.

Frauen werden häufiger entlassen als Männer

Der Strukturwandel in Ostdeutschland führte von Juni 1990 bis März/April 1992 zu einem Verlust von mehr als 920.000 "Frauen-Arbeitsplätzen" (-22,9 %) und knapp 840.000 "Männer-Arbeitsplätzen" (-17,9 %) (hochgerechnete Befragungsergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), aus Holst und Schupp, 1993). Im ländlichen Raum, dies zeigt eine Haushaltsbefragung in ausgewählten Gemeinden im Frühjahr 1993, waren von den im Jahr 1991 voll- oder teilzeitbeschäftigten Personen im Frühjahr 1993 noch 78,4 % der Männer und nur noch 70,4 % der Frauen voll- oder teilzeitbeschäftigt (Fink, 1994). Der Arbeitsplatzabbau traf die Frauen also in einem etwas größeren Umfang als die Männer. "Frauen-Arbeitsplätze" gingen zunächst überwiegend bei den Angestellten, dann im größeren Umfang bei den Arbeiterinnen verloren (Holst und Schupp, 1993). Die größere Betroffenheit von Frauen bei Entlassungen ist weniger auf eine geschlechtsspezifische Personalpolitik zurückzuführen, sondern vielmehr auf die geschlechtsspezifischen Beschäftigtenstrukturen und die unterschiedlichen Entwicklungspfade der einzelnen Branchen nach der Wirtschafts- und Währungsunion (Maier, 1993).

Gerade in Branchen, in denen der Frauenanteil überproportional hoch war wie z. B. im Textil- und Bekleidungs-gewerbe, haben sich die Arbeitsplätze als besonders rationalisierungsanfällig erwiesen (Engelbrech, 1993). Dies gilt auch für die Elektronik- und Nahrungsmittelindustrie, die Feinmechanik und Optik, den Handel sowie im Zuge der stattfindenden Verwaltungs- und Gebietsreform für die staatliche Verwaltung.

In Schlüsselindustrien (Stahl, Schiffbau, Autoindustrie und Maschinenbau) wurde der Umstrukturierungsprozeß aufgrund staatlicher Intervention und gewerkschaftlichen Drucks abgepuffert, wohingegen Industrien mit hohem Frauenanteil weit stärker den Marktprozessen ausgesetzt waren und damit Produktion und Beschäftigung in stärkerem Umfang zurückgingen (Maier, 1993).

In der Landwirtschaft waren nach Ergebnissen des Arbeitsmarktmonitors vom November 1992 Frauen und Männer mit gewissen Unterschieden im Zeitablauf vom Beschäftigungsabbau etwa gleich stark betroffen (Hiller und Müller, 1993). Der Befund eines sich weitgehend geschlechtsneutral vollziehenden Arbeitskräfteabbaus wird auch durch die Ergebnisse der bereits o. g. Befragung ländlicher Haushalte der neuen Bundesländer im Herbst 1991 (Fink und Langendorf, 1992) ebenso durch die Ergebnisse der Studien von König et al. (1992) und Boje et al. (1992) gestützt.

Die regionale Konzentration von Wirtschaftsbranchen mit einem hohen Frauenanteil, wie z. B. die Textilindustrie, führte zu einem deutlich höheren Anteil von Frauen an der Zahl der Arbeitslosen im Süden als im Norden der neuen Bundesländer. So lag der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen im September 1993 in Mecklenburg-Vorpommern bei 62,3 %, in Sachsen bei 68,6 % und in Thüringen bei 67,2 % (siehe Tabelle 4). Aber auch in den ländlichen Regionen der nördlichen Bundesländer liegt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen z. T. über dem Durchschnitt, da neben den Freisetzungen aus der Landwirtschaft auch Industriebetriebe in großem Umfang Personal abbauten oder schlossen. Dazu gehören Textilbetriebe, z. B. in Wittstock oder Templin, oder Schuhhersteller wie z. B. in Seelow, die sich nach der Wirtschafts- und Währungsunion nicht am Markt behaupten konnten oder als "verlängerte Werkbank" im Zuge von Rationalisierungsstrategien der jeweiligen Stammwerke geschlossen wurden.

Die festzustellende Verschiebung der Segregationslinien in den einzelnen Wirtschaftsbranchen ist also weniger auf geschlechtsspezifische Entlassungsmuster zurückzuführen (Hiller und Müller, 1993); eine geschlechtsspezifische Diskriminierung erfolgt eher bei den Einstellungen (Engelbrech, 1993). Frauen sehen sich, wenn sie erst einmal arbeitslos geworden sind, einem hohen Verbleiberisiko in der Arbeitslosigkeit gegenüber.

Frauen finden danach seltener wieder einen neuen Job

Angesichts des hohen Überhanges von Arbeitskräften werden Männer bei Einstellungen deutlich bevorzugt. Nach Engelbrech (1993) zeigen Beobachtungen der Arbeitsämter, daß sich folgende Teilgruppen besonderen Schwierigkeiten der Wiedereingliederung ins Arbeitsleben gegenüber sehen:

- (Alleinerziehende) Frauen mit Kleinkindern: Stellenangebote für Teilzeitarbeit sind selten. Zudem ist das Kinderbetreuungszugnetz lückenhaft geworden. Besonders alleinerziehende Frauen sind davon betroffen, da bei ihnen Arbeitsausfälle, z. B. infolge Erkrankung von Kindern, für Betriebe wenig kalkulierbar sind.
- Ganz gering sind die Wiedereingliederungschancen der Frauen ab 45 Jahren.

Frauen mit kaufmännischen Fach- oder mit Hochschulabschlüssen werden in der Regel unterhalb ihrer Qualifikation eingestellt. Bei Frauen mit Facharbeiterausbildung im gewerb-

lich-technischen Bereich ist die Situation nicht besser, obwohl sie bereit sind, auch unter ihrer Qualifikation zu arbeiten.

Zunehmend dringen Männer in ehemals weiblichen Arbeitskräften vorbehaltene Dienstleistungen ein (Banken, Post, Verkehrswesen, Handel). Im Banken- und Versicherungsbereich, aber auch im Handel nimmt der Anteil der Männer zu (Arbeitsmarkt Monitor März 1991, zit. nach Engelbrech, 1992). Dieser Trend ist besonders bei den zunehmend computergestützten Dienstleistungsbereichen zu beobachten.

Die Konkurrenz um ein knapper werdendes Arbeitsplatzangebot findet zum einen zwischen Frauen und Männern, parallel dazu noch einmal zwischen Frauen unterschiedlicher Qualifikationsstufen statt. Das Merkmal Qualifikation ist innerhalb der Geschlechtergruppen von Relevanz; in der Konkurrenz der Geschlechter spielt es keine nachweisbare Rolle. Frauen mit höherer Qualifikation gelingt es bestenfalls, ihre Position im Erwerbsleben zu halten. Für eine wirksame Gegenwehr gegen - häufig schlechter qualifizierte Männer - reicht ein qualifizierter Ausbildungsabschluß nicht aus (Engelbrech, 1993).

Allerdings kann die Verschiebung der horizontalen und vertikalen Segregationslinien zu Lasten der Frauen nicht nur auf den Import von frauendiskriminierenden westlichen Personalpolitiken zurückgeführt werden. Die Ursachen liegen z. T. auch in den unterschiedlichen "Ausbildungs- und Arbeitsmärkten" in der DDR. Mädchen wurden überwiegend in solchen Facharbeiterberufen ausgebildet, die bereits einen hohen Frauenanteil aufwiesen. So konzentrierten sich 60 % der Schulabgängerinnen zum Beispiel 1987 auf nur 16 mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von 85 % als typisch weiblich geltende Facharbeiterberufe (z. B. Facharbeiter für Tierproduktion, Kleidungsfacharbeiter, Fachverkäufer, Friseur) (Schenk, 1992). Auch waren in der DDR die Möglichkeiten zum qualifikationsgerechten Einsatz und beruflichen Aufstieg sehr ungleich verteilt. In der Landwirtschaft beispielsweise blieben den Frauen - obwohl sie ähnlich gut qualifiziert waren wie ihre männlichen Kollegen - zumeist die Arbeitsplätze reserviert, die einen höheren Anteil an Routinetätigkeiten aufwiesen, weniger Umgang mit Technik erforderten und sich mit ihren familialen und häuslichen Verpflichtungen in Einklang bringen ließen (Fink und Grajewski et al., 1994). Schon in der DDR wurde betriebliche Personalpolitik zuungunsten von Frauen betrieben. Eine zu DDR-Zeiten am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften durchgeführte Studie zeigte, daß Manager und Personalchefs bei der Besetzung von Leitungsfunktionen häufig mittelmäßige Männer besser ausgebildeten Frauen vorzogen. In Thüringen, einer Hochburg der Textil- und Bekleidungsindustrie und damit von industriellen Frauenbeschäftigungsbereichen, äußerten Betriebsleitungen sogar die Hoffnung, daß mit dem Einzug moderner Produktionstechniken Frauen dann "nicht mehr arbeiten zu gehen brauchen" (Schenk, 1992). Die Konzentration von Frauen auf wenige Berufe und Branchen mit geringerem Ansehen und Einkommen und ihr vielfach nicht qualifikationsadäquater Einsatz

Status 1991	Verbleib im Jahr 1993										
	Geschlecht	Zahl der Personen	in Ausbildung	FuU	ABM	voll-/teilzeiterwerbstätig	selbstständig	Kurzarbeit/-null	arbeitslos	Vorruhestand/Ruhestand	nicht erwerbstätig
in Ausbildung	Männer	33	63,6	3,0		18,2	3,0		9,1	3,0	
	Frauen	31	51,6	6,5	3,2	22,6			9,7		6,5
FuU	Männer	18		33,3		44,4			22,2		
	Frauen	26	3,8	50,0		23,1			15,4		7,7
ABM	Männer	42		11,9	40,5	21,4	2,4		19,0	2,4	2,4
	Frauen	38		7,9	42,1	13,2			31,6	5,3	
voll-/teilzeiterwerbstätig	Männer	668	0,3	1,6	0,9	78,4	2,1	0,6	6,6	9,1	0,3
	Frauen	564	0,4	3,5	2,3	70,4	1,4	0,4	11,9	5,0	4,8
selbstständig erwerbstätig	Männer	50				6,0	94,0				
	Frauen	24					87,5		4,2		8,3
Kurzarbeit/-null	Männer	23		4,3	4,3	60,9			8,7	21,7	
	Frauen	23		17,4	17,4	26,1		8,7	26,1	4,3	
arbeitslos	Männer	83	1,2	3,6	13,3	25,3	7,2		47,0	2,4	
	Frauen	130	2,3	7,7	5,4	21,5	3,1	0,8	54,6	0,8	3,8
nicht erwerbstätig	Männer	32	3,1	6,3		12,5	3,1		9,4	6,3	59,4
	Frauen	100	1,0	4,0	1,0	13,0	1,0	2,0	7,0	5,0	66,0

Quelle: FINK, 1994

Tabelle 2: Verbleib der Befragten im Jahr 1993 gegenüber 1991 nach Erwerbsstatus und Geschlecht

fürten also "bereits zu DDR-Zeiten zu einer Entwertung des Humankapitals, die später im Transformationsprozeß die Arbeitsplatzsicherheit und die Wiederbeschäftigungschancen beeinträchtigte" (Maier und Quack, 1993). Weit stärker als in vielen gewerblich-technischen Männerberufen, in denen der Wechsel des Wirtschaftssystems nur teilweise neue Qualifikationen erforderte, bedeutete der Systemwechsel für viele Frauen eine Entwertung nahezu aller Qualifikationen und eine völlige Neudefinition ihrer beruflichen Rolle.

Ergebnisse des Arbeitsmarktmonitors zeigen, daß von den im November 1990 ausgewiesenen Arbeitslosen im November 1991 38 % wieder erwerbstätig waren (Männer 45 %, Frauen 33 %). Nach einem Jahr waren immer noch oder wieder (z. B. nach zwischenzeitiger Erwerbstätigkeit) 42 % arbeitslos. Mit 47 % sind Frauen wesentlich häufiger in der Arbeitslosigkeit verblieben als Männer (35 %) (Wiedemann, 1992).

Ergebnisse des SOEP weisen aus, daß sich zwischen Juni 1990 und März/April 1992 mehr Männer als Frauen in "stabilen" Beschäftigungsverhältnissen befanden (Juni 1990 bis März/April 1991: 72,4 % resp. 64,4 %, März/April 1991 bis März/April 1992 62,3 % resp. 54,3 %). Von den 1990 Erwerbstätigen gingen 6,2 % der Männer und 8,8 % der Frauen bis zum März/April 1991 in die Arbeitslosigkeit; in der folgenden Periode von März/April 1991 bis März/April 1992 wanderten 7,6 % der Männer und 11 % der Frauen aus der Erwerbstätig-

keit in die Arbeitslosigkeit. 2,6 % der Männer und 4,4 % der Frauen waren in der zweiten Periode dauerarbeitslos (Holst und Schupp, 1993).

Von den Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft, die von allen größeren Wirtschaftsbereichen den stärksten Beschäftigungseinbruch zu verzeichnen hatte, waren nach drei Jahren nur noch 50 % der Frauen gegenüber zwei Dritteln der Männer erwerbstätig. Mehr als doppelt so viele Frauen dieses Bereiches (22 %) als Männer (10 %) waren arbeitslos geworden. Von den ehemals in der Landwirtschaft Tätigen konnten 35 % der Männer, aber nur 24 % der Frauen einen Arbeitsplatz in anderen Wirtschaftsbereichen finden (Hiller und Müller, 1993).

Die Ergebnisse der o. g., im Frühjahr 1993 durchgeführten Haushaltsbefragung in ausgewählten ländlichen Gemeinden unterstützen die Aussagen des Arbeitsmarktmonitors und des SOEP, daß Frauen größere Schwierigkeiten beim beruflichen Wiedereinstieg haben. Tabelle 2 zeigt, daß

- ein höherer Anteil von 1991 arbeitslosen Frauen als von Männern 1993 schon wieder oder immer noch arbeitslos war,
- bei Frauen auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Kurzarbeit eher die Arbeitslosigkeit folgt als bei Männern,
- daß nach Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung

Befragungszeitraum	Geschlecht	keine	Tagespendeln	Wochendpendeln	Umzug NBL	Umzug ABL
Herbst 1991	Männer n=451	26,6	46,1	14,2	2,4	10,6
	Frauen n=506	33,4	55,7	2,4	2,4	6,1
Frühjahr 1993	Männer n=419	15,8	49,4	22,0	2,9	10,0
	Frauen n=460	24,6	62,0	3,3	2,8	7,4

Quelle: FINK, 1994

Tabelle 3: Maximale räumliche Mobilitätsbereitschaft nach Geschlecht 1991 und 1993 in %

(FuU) mehr Männer als Frauen wieder voll- oder teilzeiterwerbstätig sind.

Frauen sind räumlich weniger mobil als Männer

Pendeln kann einen Ausweg aus den Erwerbsproblemen in der Heimatregion eröffnen, der jedoch aus vielerlei Gründen eher Männern offensteht. Im November 1991 waren lediglich 26 % der Pendler nach Westberlin und Westdeutschland Frauen. Gegenüber November 1990 war der Anteil der Frauen um 4 Prozentpunkte gestiegen. Bei den Pendlern nach Westberlin liegt der Frauenanteil bei einem Drittel. Für Frauen scheint ein Berufspendeln im Nahbereich der Wohnung leichter möglich zu sein (Infratest Sozialforschung, 1992). Deutlich wird dies auch in der o. e. Befragung ländlicher Haushalte, wonach Frauen sich zwar zum Tagespendeln bereit erklärten, Wochenendpendeln aber in ihrer überwiegenden Mehrzahl ablehnten (vgl. Tabelle 3).

Der überproportionale Männeranteil an den Pendlern liegt zum einen in der Struktur der aufnehmenden Wirtschaftszweige in den alten Bundesländern, zum anderen aber auch in geschlechtsabhängigen Unterschieden der Mobilität begründet.

Aufnehmende Wirtschaftszweige in den alten Bundesländern sind v. a. das Baugewerbe und das Verarbeitende Gewerbe - hier "typische" Männerarbeitsbereiche. Ansonsten sind ostdeutsche Arbeitskräfte vor allem in die Dienstleistungsbereiche Handel, Verkehr, Hotel- und Gaststättengewerbe und Friseur- und Körperpflegegewerbe gegangen. Auffällig ist der hohe Prozentsatz von Auszubildenden unter den weiblichen Pendlern (Dietz et al., 1992).

Die räumliche Mobilität von Frauen wird entscheidend durch ihre weitgehende Verantwortung für Kindererziehung und Haushalt eingeschränkt. Im ländlichen Raum ergeben sich durch die relativ schlechte infrastrukturelle Erschließung zusätzliche Hemmnisse für Frauen. Aufgrund des begrenzten Arbeitsplatzangebots in kleinen Dörfern setzt Erwerbstätigkeit fast immer das Arbeitspendeln voraus. Die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Kreisstadt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln hat sich seit der "Wende" durchweg verschlechtert und ist in vielen Fällen ungenügend. Und nicht jede Frau verfügt

über einen Führerschein oder ein Auto, denn die in den ehemaligen LPGen und auch anderen Betrieben üblichen innerbetrieblichen Transporte von Arbeitskräften machten den Führerschein für viele Frauen unnötig (Lagast, 1993; Bauernzeitung, 28/1993; Feldmann et al., 1992).

Frauen profitieren nur unterdurchschnittlich von Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

Frauen verfügen nicht über die gleichen Arbeitsmarktchancen auf dem Ersten Arbeitsmarkt wie Männer. Daher kommt den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (ABM, Maßnahmen nach § 249 h (Arbeitsförderungsgesetz) und FuU) eine besondere Bedeutung zu, um die Arbeitsmarktsituation von Frauen zu verbessern. Die genannten Instrumente müssen sich daran messen lassen, welchen Beitrag sie zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Beschäftigungsprobleme und der Arbeitsmarktsegregation leisten. Als Meßkriterien können der Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen Erwerbstätigen (1989: 49 %) bzw. der weiblichen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen (September 1993: 65,4 %) dienen (Ochs und Seifert, 1992).

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Der Frauenanteil an ABM ist kontinuierlich angestiegen (Abbildung 2). Dies ist u. a. auf die Modifikation der Förderbestimmungen im Herbst 1991 zurückzuführen: Nur wenn über 50 % Problemgruppenangehörige - und dazu zählen Frauen - in einer ABM beschäftigt werden, übernimmt das Arbeitsamt 100 % der Lohnkosten (Baur, 1993). Seit Ende 1992 gelten noch restriktivere Förderbestimmungen für ABM, die eine Beschäftigung von Frauen für ABM-Träger attraktiver machen. Allerdings ist der Frauenanteil an ABM immer noch niedriger als ihr Anteil an den Arbeitslosen; zudem ist die absolute Bedeutung von ABM als arbeitsmarktentlastendes Instrument insgesamt sehr stark zurückgegangen. Das bestehende Mißverhältnis wird u. a. darauf zurückgeführt, daß mehr als die Hälfte der ABM Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, zur baulichen Instandsetzung und Planung sowie zur Umweltverbesserung beinhalten, in die Frauen nur zum geringen Teil vermittelt werden (Spitznagel, 1992).

Gerade die Arbeitsfördergesellschaften haben sehr niedrige Frauenanteile. So lag der Frauenanteil in den Brandenburger Arbeitsfördergesellschaften bei rund einem Drittel und damit unter dem Anteil von ABM insgesamt. Als Begründung

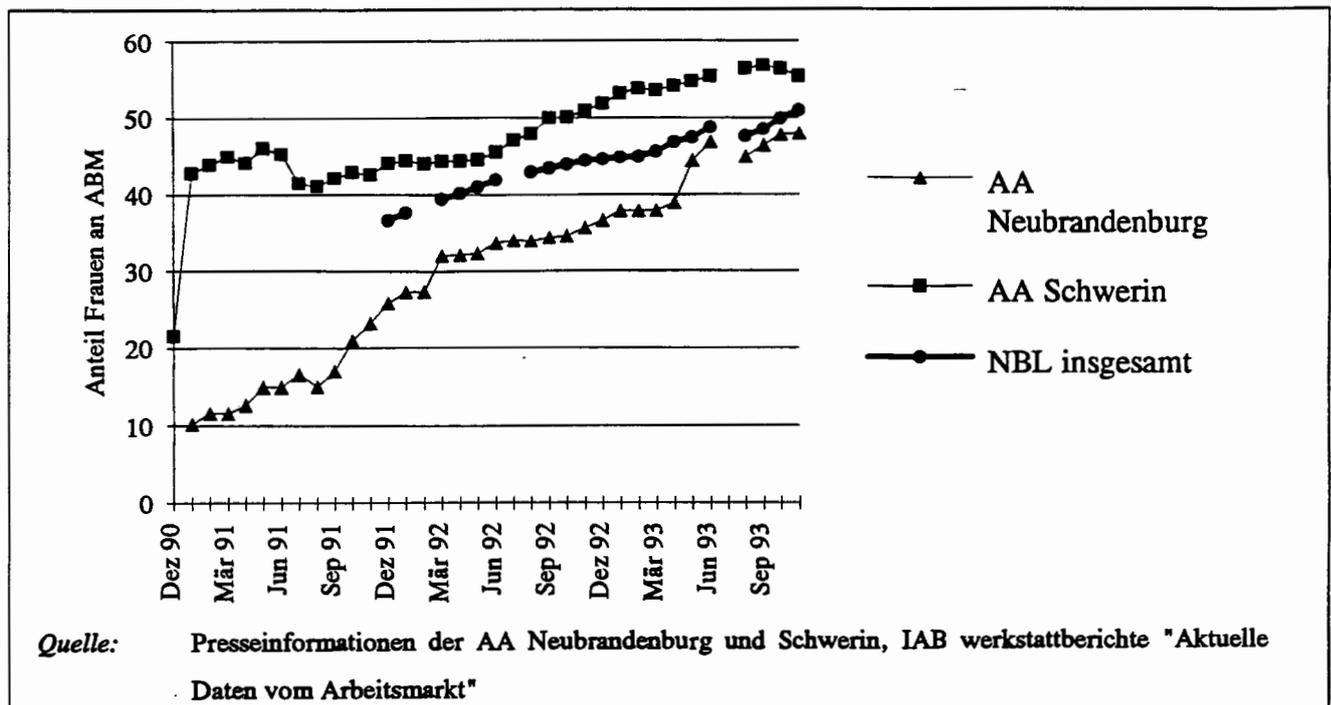


Abbildung 2: Anteil der Frauen an ABM und Maßnahmen nach § 249 h in den AA-Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und den neuen Bundesländern insgesamt von Dezember 1990 bis November 1993

werden oft die von Frauen nicht durchführbaren körperlich schweren Tätigkeiten angeführt (Wagner, 1992). Sowohl in Brandenburg und Sachsen als auch in Sachsen-Anhalt konzentrieren sich sogenannte Mega-ABM mit einer Beschäftigtenzahl von über 150 Personen in der Hand von Beschäftigungsgesellschaften auf die großen umweltbelasteten Industrieregionen (Ostdeutschland Nr. 2, Mai 1992). In Mecklenburg-Vorpommern kam es ebenfalls vor allem in männerdominierten Wirtschaftsbranchen zur Gründung von Beschäftigungsgesellschaften. Ganze Betriebe aus den Krisenbranchen Metall und Werften wurden in Beschäftigungsgesellschaften umgewandelt; auf diese entfällt ein hoher Anteil von ABM (Pfalz, 1992).

Im ländlichen Raum der neuen Bundesländer ist für Frauen aufgrund ihrer geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie ihrer eingeschränkten räumlichen Mobilität (s. o.) die Teilnahme an einer ABM oftmals die einzige Chance, überhaupt einer Beschäftigung nachgehen zu können. Häufig wurden aber in ABM im ländlichen Raum - auch in der Landwirtschaft - ebenfalls Männer bevorzugt. Dies liegt in den Tätigkeitsschwerpunkten der ABM-Träger (Baur, 1993), aber auch in der Einstellung begründet, daß Männer "die Familie ernähren müssen" (Lasch und Fuhr, 1993).

Betrachtet man beispielsweise den AA-Bezirk Neubrandenburg als dienstleistungsorientierte und strukturschwache, vorwiegend landwirtschaftlich geprägte Region (Brinkmann und Völkel, 1992), dann fällt der vergleichsweise geringe weibliche Anteil in ABM auf (vgl. Tabelle 4). Zur Erhöhung des Frauenanteils schlagen Boje et al. (1992) vor, die ABM im Bereich der sozialen Dienste und Büro- und Verwaltungs-

tätigkeiten auszuweiten, da dort der potentielle Frauenanteil höher sei. Auch Ochs und Seifert (1992) fordern eine gezielte Förderung von Projekten, die Frauen Beschäftigungsperspektiven bieten, wie z. B. im Bereich der sozialen Infrastruktur, in dem ein dringender gesellschaftlicher Bedarf besteht, oder auch in neu entstehenden Dienstleistungszweigen. Ob diese Tätigkeiten allerdings Alternativen für Frauen bieten, die mit landwirtschaftlichem Facharbeiterabschluß und langjähriger Tätigkeit im Produktionsbereich einer LPG eine Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt bilden, ist ungewiß. Auf jeden Fall kommt es bei der weiteren Ausgestaltung von ABM darauf an, Frauen entsprechende Arbeitsmöglichkeiten stärker zu erschließen.

Die Beschäftigung in ABM verbessert aber die Chancen von Frauen auf dem Ersten Arbeitsmarkt nur bedingt. Die Brückenfunktion von ABM im ländlichen Raum ist - und hier in besonderem Maße für die Frauen - als gering einzuschätzen. In einer Untersuchung der Beschäftigungslage in landwirtschaftlichen Unternehmen und in Gemeinden des AA-Bezirktes Neubrandenburg kommen Boje et al. (o. J.) zu dem Ergebnis, daß "ABM in ländlichen Regionen in aller Regel keine Vorbereitungs- oder Übergangszeit in neue Beschäftigungsverhältnisse auf dem Ersten Arbeitsmarkt sind, sondern in erster Linie den Zeitpunkt der registrierten Arbeitslosigkeit hinauszögern".

Dies wird auch durch die Ergebnisse der o. e. Befragung ländlicher Haushalte gestützt. Von den 1991 in ABM Beschäftigten waren 1993 nur 21,4 % der Männer und 13,2 % der Frauen voll- oder teilzeiterwerbstätig; 19 % der Männer, jedoch 31,6 % der Frauen waren arbeitslos, während ein etwa

Bundesland	Frauenanteil an Arbeitslosen in %	Frauenanteil an ABM und in § 249 h in %	Frauenanteil an § 249 h in %
Mecklenburg-Vorpommern	61,3	52,7	38,5
darunter AA-Bezirk Schwerin	62,1	56,9	38,1
darunter AA-Bezirk Neubrandenburg	60,7	46,4	35,0
Brandenburg	66,3	46,9	29,8
darunter AA-Bezirk Eberswalde	64,1	54,4	50,8
darunter AA-Bezirk Neuruppin	65,7	47,0	33,4
Sachsen-Anhalt	64,4	45,0	34,6
Sachsen	68,6	44,7	28,6
Thüringen	67,2	56,0	49,9
Berlin (Ost)	55,7	54,0	47,6
Neue Bundesländer	65,4	48,5	34,4
<i>Quelle: IAB werkstattbericht, 15.10.1993</i>			

Tabelle 4: Frauenanteil an Arbeitslosen, ABM, § 249 h und Vermittlungen nach Bundesländern im September 1993

gleich großer Anteil sich immer noch (oder schon wieder) in ABM befand (vgl. Tabelle 2).

Maßnahmen nach § 249 h (AFG)

Von dem neu eingeführten Lohnkostenzuschuß zur Förderung von Arbeiten in den Bereichen Umweltsanierung, soziale Dienste und Jugendhilfe profitieren Frauen nur zu etwa einem Drittel, weil bisher vorrangig traditionell männliche Tätigkeiten der Umweltsanierung gefördert werden. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt daher auch in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt und hier besonders in den

Merkmale	gesamt	Frauen
Eintritte insgesamt	700440	428739
in % der Erwerbspersonen, ca.	9,0	11,0
Frauenanteil in %	61,2	100,0
Eintritte in %		
in Fortbildung	67,0	71,1
<i>Anpassungsfortbildung</i>	46,8	47,0
<i>§ 41a-Maßnahmen</i>	16,5	21,4
<i>Aufstiegsfortbildung</i>	3,7	2,7
in Umschulung	19,3	20,7
in Einarbeitung	13,7	8,2
<i>Quelle: OSTDEUTSCHLAND Nr. 6, Februar 1993</i>		

Tabelle 5: Beteiligung der Frauen an Förderungsmaßnahmen der beruflichen Weiterbildung in den neuen Bundesländern Januar bis September 1992

Industrie- und Braunkohleregionen (vgl. Tabelle 4).

Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen

In den Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung sind Frauen ihrem Anteil an den Arbeitslosen entsprechend vertreten (vgl. Tabelle 5).

Allerdings sind Frauen vor allem bei den kürzeren und weniger zukunfts-trächtigen Fortbildungsmaßnahmen - insbesondere bei

den Informations- und Motivationskursen nach § 41a (AFG), die inzwischen nicht mehr gefördert werden - überproportional vertreten. Diese Kurse sind meist von geringer Qualität und schließen auch nicht mit einem allgemein anerkannten Abschluß ab. Die unterproportionale Beteiligung von Frauen an den direkt berufsvorbereitenden und arbeitsplatzgebundenen Maßnahmen der betrieblichen Einarbeitung zeigt, daß sie auch hier größere Schwierigkeiten als Männer haben (Ochs und Seifert, 1992). Bei einer genaueren Differenzierung derjenigen Weiterbildungsteilnehmer, die Unterhaltsgeld (UHG) beziehen, fällt auf, daß - im Vergleich zu den Arbeitslosen - vor allem jüngere Menschen unter 40 Jahren und Hochschulabsolventen, besonders Männer, überproportional gefördert werden, während vor allem Frauen mittleren und höheren Alters unterrepräsentiert sind. Die Gruppe der 40- bis 54jährigen Frauen stellte im November 1991 42 % aller weiblichen Arbeitslosen, aber nur 24 % aller Empfängerinnen von UHG (Ostdeutschland Nr. 6, Februar 1993).

Deutlich werden diese Tendenzen auch, wenn man statt der Eintritte den Bestand an TeilnehmerInnen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung betrachtet. Im Arbeitsamtsbezirk Eberswalde beispielsweise nahmen im Juni 1993 8.240 Personen an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung teil. 65,4 % aller TeilnehmerInnen waren Frauen, davon befanden sich 46,2 % (Männer: 33,9 %) in einer Fortbildungsmaßnahme,

53,1 % (Männer: 61,9 %) machten eine Umschulung und 0,7 % (Männer: 4,2 %) wurden betrieblich eingearbeitet.

Bei Frauen aus landwirtschaftlichen Berufen und ländlichen Regionen gibt es spezifische Probleme bezüglich einer Wiedereingliederung in das Berufsleben durch berufliche Weiterbildungsmaßnahmen. Eine Expertise, die vom Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ) in Auftrag gegeben wurde, ergab zwar bei einer Einzelbefragung von Frauen aus ländlichen Regionen, daß die meisten Frauen grundsätzlich einer Weiterbildung gegenüber aufgeschlossen sind. Es war aber eine gewisse Qualifizierungsmüdigkeit zu verzeichnen; die Frauen wollten vor allem wissen, ob die angestrebte Qualifizierung zu dem erwünschten Arbeitsplatz verhelfen würde (BMFJ, 1992).

Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Arbeitsplatzdefizits und der ungewissen Entwicklungsperspektiven gerade in ländlichen Regionen ist die Auswahl der Richtung von Fortbildung und Umschulung schwierig. Vor allem Frauen werden häufig "auf Vorrat" qualifiziert. Außerdem setzen viele Frauen auf kurze Maßnahmen, die mit ihrem bisherigen Beruf nichts zu tun haben, "hätten beispielsweise Erzieherin gelernt und machten dann einen EDV-Kurs. Die Aussichten, vermittelt zu werden, steigen mit solchen berufsfremden Kursen nicht sonderlich an; die Männer kombinieren viel sinnvoller"; so die Frauenbeauftragte im Landesarbeitsamt Nord (Pfalz, 1992). Für Männer gibt es hingegen ein wesentlich größeres Angebot an Fortbildungsmaßnahmen im gewerblich-technischen Bereich, das an ihren erlernten Beruf anknüpft.

Für die aus der Landwirtschaft stammenden Frauen eröffnet das Anknüpfen an ihre im Beruf erworbenen Kenntnisse nicht unbedingt neue berufliche Perspektiven. Arbeitsplätze der Zukunft liegen kaum in der Landwirtschaft oder im grünen Bereich.

Möglichkeiten für Frauenarbeitsplätze auf dem Land werden in Mecklenburg-Vorpommern in den Bereichen Tourismus, Gastronomie und Hotelgewerbe gesehen. Dies seien überwiegend "typisch" weibliche Berufe, die vielen Frauen aufgrund der schlechten Bezahlung, der Krisenanfälligkeit und Saisonabhängigkeit allerdings wenig attraktiv erscheinen. Im Bereich der Dienstleistungen wie Handel, Banken und Versicherungen gibt es nach Auffassung der Frauenbeauftragten des Landesarbeitsamtes Nord kaum Möglichkeiten, da aufgrund des derzeitigen Arbeitskräfteüberangebotes die Männer das Rennen machten (Pfalz, 1992). Die Expertise des BMFJ (1992) schlägt eine Ergänzung des vorhandenen Qualifizierungsangebotes um spezielle, maßgeschneiderte Programme für Frauen im ländlichen Raum vor, z. B. Programme für Wiedereinsteigerinnen und Existenzgründerinnen, Altenpflege, sanften Tourismus, Tagesmütter, Direktvermarktung (Meissner, 1993).

Es geht zum einen darum, an den Fähigkeiten, Voraussetzungen und Wünschen der arbeitslosen Frauen aus der Landwirtschaft anzusetzen; zum anderen muß aber durch eine verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen Arbeitsmarktakteure

vor Ort gewährleistet werden, daß nicht völlig am Markt vorbei qualifiziert wird.

Ein Problem speziell im ländlichen Raum ist das Mißverhältnis zwischen dem auf Seiten der betroffenen Frauen vorhandenen Interesse an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung (BMFJ, 1992) und der realen Möglichkeit, an einer solchen Maßnahme teilzunehmen. Die Maßnahmen finden zumeist in den größeren Städten statt; bei der geringen Besiedlungsdichte Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs, aber auch in Sachsen-Anhalt sind die Pendelentfernungen für Frauen aus den ländlichen Regionen aus den o. g. Gründen oft nicht zu bewältigen und erschweren somit die Teilnahme an einer Weiterqualifizierungsmaßnahme.

3 Einschätzung der Beschäftigungssituation und Zukunftsperspektiven aus der Sicht der Frauen

Die Tragweite der in Abschnitt 2 diskutierten Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird erst bei der Betrachtung des Stellenwertes, welchen die Arbeit im Leben der Frauen hat, erkennbar. Die hohe Erwerbsquote der Frauen in der ehemaligen DDR (1989 lag sie bei über 85 %, werden die Studentinnen mit eingerechnet, so erhöht sich dieser Wert auf 91 % (Maier, 1993)) resultierte in erster Linie aus einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit (Assenmacher, 1991). Der Prozeß der Integration der Frauen in das Erwerbsleben wurde jedoch unter dem politisch deklarierten Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter initiiert und forciert. Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen wurden allerdings auf die Erwerbstätigkeit reduziert, während die patriarchale Gesellschaftsstruktur weitestgehend unverändert erhalten blieb. Die Erwerbstätigkeit der Frau war aber in der ehemaligen DDR nicht nur volkswirtschaftlich notwendig, die Lohnstruktur zwang zudem alle erwerbsfähigen Menschen zur Erwerbstätigkeit, denn ein Alleinverdiener war kaum in der Lage, den Lebensunterhalt einer gesamten Familie zu bestreiten. Ob die Erwerbstätigkeit für Frauen einen über die ökonomische Notwendigkeit hinausgehenden individuellen Wert hat, war Gegenstand mehrerer Untersuchungen. In den 70er Jahren fand Hellwig (1974), daß bei unteren Einkommensgruppen ökonomische Zwänge als Hauptmotiv für die Erwerbstätigkeit dominierten; je höher das Ausbildungsniveau, desto stärker ausgeprägt war dagegen die berufliche Bindung als Motiv. Eine im Herbst 1990 durchgeführte repräsentative Umfrage in der ehemaligen DDR ergab, daß die Berufstätigkeit für die Frauen ein selbstverständliches und unverzichtbares Element ihrer Lebensplanung ist. Die Alternativerolle "Hausfrau" existiert demnach generell nicht als Lebensperspektive und ist nur für eine deutliche Minderheit im eigenen Wertesystem verankert, nur jede zehnte erwerbstätige Frau hätte ihre Berufstätigkeit sicher aufgegeben, wenn sie "das Geld nicht bräuchte" (BMFJ, 1991). In einer ein Jahr später durchgeführten Untersuchung des IAB gingen nur 10 % der erwerbstätigen Frauen davon aus, daß sie ihre Berufstätigkeit aufgeben würden, wenn sie auf das Geldverdienen nicht mehr angewiesen wären, während 70 % als sicher angaben, weiterhin berufstätig bleiben zu wollen und 20 %

Befragungszeitpunkt	Geschlecht	habe günstige Voraussetzungen	muß mich weiterqualifizieren	muß mich umqualifizieren	kann ich nicht einschätzen
Herbst 1991	Männer	28,8	25,2	22,0	24,0
	Frauen	19,7	26,5	24,7	29,1
Frühjahr 1993	Männer	42,0	25,3	18,9	13,8
	Frauen	21,6	34,4	26,3	17,7

Quelle: FINK, 1994

Tabelle 6: **Einschätzung der beruflichen Qualifikation im Hinblick auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes 1991 und 1993 nach Geschlecht in %**

bei dieser Frage unsicher waren. Die Untersuchung der Gründe für die Erwerbstätigkeit ergab, daß zwar ökonomische Gründe in den Vordergrund traten, daß aber die Berufstätigkeit auch aus davon unabhängigen Gründen einen hohen Stellenwert hatte (Engelbrecht, 11.06.1993). Zu ähnlichen Ergebnissen führten die beiden bereits o. g. Haushaltsbefragungen in ländlichen Gebieten. Unter der Voraussetzung, daß sie auf die Einkommenserwirtschaftung nicht angewiesen wären, gaben 1991 13,2 % und 1993 11,7 % der befragten Frauen an, ein Hausfrauendasein anzustreben. Die Frauen präferierten eindeutig die Teilzeiterwerbstätigkeit (1991: 56,4 %, 1993: 61,7 %), für eine Vollzeiterwerbstätigkeit hätten sich 1991 30,5 % und 1993 26,5 % entschieden. Die Frage nach der Wichtigkeit einzelner Teilkomponenten für die Erwerbstätigkeit ergab, daß die Erzielung von Einkommen als sehr wichtig eingestuft wurde, aber auch die Kontakte über den Arbeitsplatz und das Interesse an Arbeitsinhalten wurden als wichtige Faktoren angesehen (Fink und Langendorf, 1992; Fink, 1994). Daß die Bereitschaft, die Berufstätigkeit aufzugeben, wenn sie finanziell nicht mehr nötig wäre, mit steigender beruflicher Qualifikation abnimmt, war gleichlautendes Ergebnis aller o. g. Untersuchungen.

Anhand dieser Ergebnisse muß davon ausgegangen werden, daß die gegenwärtig in den neuen Bundesländern rückläufige Frauenerwerbsquote in erster Linie auf ein Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist und nicht den Wünschen der Mehrzahl der betroffenen Frauen entspricht. Eine Entschärfung der Arbeitsmarktprobleme aufgrund eines freiwilligen Rückzuges der Frauen aus dem Erwerbsleben ist demnach nicht zu erwarten.

Wie die Frauen im ländlichen Raum ihre Beschäftigungssituation subjektiv einschätzen und welche Zukunftsperspektiven sie sehen, wird im folgenden anhand empirischer Ergebnisse aus den beiden bereits o. e. Haushaltsbefragungen dargestellt. Die Frauen in der Stichprobe wiesen eine ähnliche Qualifikationsstruktur wie die Männer auf. Daß die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht allein von der formalen beruflichen Qualifikation abhängen, sondern auch von der Berufszugehörigkeit, dem früheren Arbeitsgebiet und der familialen Situation, wurde in Abschnitt 2 bereits erwähnt. Da der beruflichen Qualifikation aber eine Schlüsselrolle zukommt, soll

hier zunächst darauf eingegangen werden, wie die Befragten ihre berufliche Qualifikation im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation bewerteten (vgl. Tabelle 6). Trotz ähnlicher Qualifikationsstruktur war der Anteil derer, die der Ansicht waren, mit ihrer beruflichen Qualifikation über günstige Voraussetzungen für den Arbeitsmarkt zu verfügen, bei den Männern zu beiden Befragungszeitpunkten höher als bei den Frauen. Letzterer war 1993 mit 21,6 % nur geringfügig höher als 1991 (19,7 %). Während sich also nur rund ein Fünftel der Frauen qualifikationsmäßig den Erfordernissen des Arbeitsmarktes gewachsen fühlte, war dieser Anteil 1993 bei den Männern mit 42,0 % doppelt so hoch. In der Regel wuchs mit dem Qualifikationsniveau der Anteil derer, die ihre Ausbildung als dem Arbeitsmarkt adäquat betrachteten. Augenfällig ist auch, daß die Anteile derer, die nicht in der Lage waren, ihre Situation einzuschätzen, zwischen 1991 und 1993 gesunken waren. Mit der in der Zwischenzeit gewonnenen Erfahrungen mit dem neuen politischen und wirtschaftlichen System hat sich anscheinend die Orientierungsfähigkeit der Menschen erhöht.

Wie die Befragten ganz allgemein ihre Aussichten beurteilten, in den nächsten 2-3 Jahren ihre berufliche Tätigkeit zu behalten bzw. eine neue angemessene zu finden, gibt Tabelle 7 wieder. Während die Antwortverteilung von Männern und Frauen 1991 nahezu gleich war, schätzten die Frauen 1993 ihre Aussichten deutlich schlechter ein als die Männer. Die Männer zeigten sich 1993 wesentlich optimistischer als 1991, während bei den Frauen zwischen den beiden Befragungen keine bedeutenden Anteilsveränderungen zu verzeichnen waren. Daß 1993 knapp die Hälfte aller befragten Frauen ihre beruflichen Aussichten als "schlecht" bzw. "sehr schlecht" einschätzte, während dieser Anteil bei den Männern mit ungefähr einem Drittel wesentlich geringer ausfiel, läßt erkennen, daß Frauen ihre objektiv schlechtere Position (vgl. Abschnitt 2) auch subjektiv so empfinden. Die ausschließliche Betrachtung der zum jeweiligen Befragungszeitpunkt arbeitslosen Befragten ergab, daß von ihnen die beruflichen Aussichten 1993 wesentlich schlechter eingeschätzt wurden als 1991; bei den arbeitslosen Frauen sahen 1993 80,8 % ihre beruflichen Aussichten als "schlecht" bzw. "sehr schlecht" an (Männer: 66,7 %). TeilnehmerInnen an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (FuU) äußerten sich verhalten opti-

Befragungszeitraum	Geschlecht	sehr gut	gut	schlecht	sehr schlecht	weiß nicht
Herbst 1991	Männer	9,4	34,6	24,7	22,4	8,9
	Frauen	8,9	32,9	24,4	22,6	11,2
Frühjahr 1993	Männer	19,1	40,0	20,5	12,9	7,5
	Frauen	10,2	34,1	23,2	22,8	9,8

Quelle: FINK, 1994

Tabelle 7: **Einschätzung der beruflichen Aussichten in den nächsten zwei bis drei Jahren nach Geschlecht 1991 und 1993 in %**

mistisch, Männer häufiger als Frauen. Während 1991 noch ca. zwei Drittel der Männer und gut die Hälfte der Frauen in FuU ihre zukünftigen Aussichten mit mindestens "gut" bezeichneten, waren diese Anteile 1993 geringer (Männer: 50,0 %, Frauen: 42,9 %). Die pessimistischere Einstellung der Frauen liegt sicherlich auch darin begründet, daß - wie bereits in Abschnitt 2 dargelegt - Frauen im allgemeinen überproportional bei den kürzeren und weniger zukunftssträchtigen Fortbildungsmaßnahmen vertreten sind, wohingegen sie bei betrieblichen Einarbeitungen unterrepräsentiert sind (Fink und Grajewski et al., 1994).

4 Frauenprojekte im Landkreis Templin als Beispiel gezielter Arbeitsfördermaßnahmen

Angesichts der spezifischen Arbeitsmarktprobleme von Frauen gerade im ländlichen Raum entstehen dort zunehmend Initiativen, die die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen zum Ziel haben. Aktive Arbeitsmarktpolitik und Beratungsangebote für Frauen können einen wichtigen Beitrag zur Verringerung des Ungleichgewichtes bei den Beschäftigungschancen leisten. Trägerstrukturen, Inhalte und spezifische Probleme von drei Projekten im Landkreis Templin sollen im folgenden dargestellt werden.

Der Landkreis Templin liegt im Norden des Bundeslandes Brandenburg und gehört nach Rudolph (1990) zu den dienstleistungsorientierten Landregionen, in denen 1989 der Dienstleistungsanteil größer als der Landwirtschafts- und Industrieanteil war. Er war und ist einer der strukturschwächsten und dünnbesiedeltesten Landkreise des Bundeslandes Brandenburg. Mit einer Arbeitslosenquote von 20,4 % im September 1993 wies Templin eine der höchsten Arbeitslosenquoten des AA-Bezirktes Eberswalde aus. Der Frauenanteil an den Arbeitslosen lag bei 60,9 %.

Ein deutlicher Abbau von Frauenarbeitsplätzen erfolgt auf der einen Seite in "typisch" weiblichen Branchen wie den Gebietskörperschaften, dem Handel und dem Erholungswesen. Auf der anderen Seite sinkt innerhalb einzelner Branchen der Frauenanteil. In der Landwirtschaft kam es beispielsweise neben der Reduzierung des Beschäftigungsumfanges auf etwa 10 % des Bestandes von 1990 bis zum 31.01.1993 zu einem Sinken des Frauenanteils an den Beschäftigten von 36 % auf 24 % (Amt Für Landwirtschaft, Berufstätigenerhebung 90). Gerade der "typisch" weibliche Leistungs- und

Versorgungsbereich und die Veredlungsproduktion sind in ihrem Umfang überproportional zurückgefahren worden. Stabilisiert haben sich dagegen ab Ende 1991 die Bereiche Handel, Handwerk, Baugewerbe, Dienstleistungsgewerbe und Gastgewerbe/Beherbergung (Kreisverwaltung Templin, 1993). Ein Beschäftigungszuwachs erfolgt aber v. a. in "Männerberufen" in den Bereichen Handwerk und Baugewerbe, so daß arbeitslose Frauen deutlich geringere Chancen auf eine neue Beschäftigung haben. Die in Abschnitt 2 dargelegten Mobilitätshemmnisse von Frauen wirken zusätzlich chancenverringemd.

Träger der Maßnahme "Arbeit und Lernen" war die gemeinnützige Beschäftigungs-Qualifizierungsgesellschaft mbH Milmersdorf (BQG Milmersdorf). Bei diesem Projekt, das zum 31.08.1993 abgeschlossen wurde, handelte es sich um eine AB-Maßnahme mit einem 50 prozentigen Qualifizierungsanteil. Von 50 TeilnehmerInnen waren 35 Frauen, die vorher überwiegend in der Landwirtschaft tätig gewesen waren. Inhalt der Maßnahme waren theoretische und praktische Aspekte der gärtnerischen Landschaftsgestaltung. Ziel war der Erwerb eines Zertifikats als Gärtnerhelfer, das allerdings keinen anerkannten Berufsabschluß darstellt. Baur (1993) dokumentiert einige mit dieser Maßnahme verbundenen Problembereiche. "Aufgrund des geringen Bildungsniveaus bestehen für diese Teilnehmer (Frauen aus der Landwirtschaft, die Verf.) nur sehr schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Motivation, sich zu qualifizieren, ist ebenfalls recht niedrig, da die meisten Teilnehmer dieser Maßnahme nur ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld verlängern wollen. Sie hätten aus diesem Grund eine reine ABM vorgezogen und sehen den Qualifizierungsanteil von 50 % bestenfalls als notwendiges Übel an. Letztlich besteht der Qualifizierungsanteil aus 'Lebenshilfe' (wie bewerbe ich mich, wie funktioniert das politische System der Bundesrepublik etc.)." "Arbeit und Lernen" war innerhalb der BQG ein eher isoliertes Teilprojekt, da der Schwerpunkt der BQG im Baugewerbe (v. a. Sanierung von Treuhandbetrieben) lag. Die Konzipierung eines Frauenprojektes lag v. a. in der bereits o. e. Modifikation der Förderbestimmungen für ABM im Herbst 1991 begründet (Baur, 1993).

Initiatoren und Träger: Arbeitsamt Eberswalde und dessen Außenstellen, Biosphärenreservat Schorfheide/Chorin, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Landesagentur für Struktur und Arbeit, Amt Templin-Land, Entwicklungsgesellschaft Ringenwalde

Ergebnis: vier miteinander verbundene Modellprojekte für 214 Frauen aus vier Landkreisen

Start: 1. Juni 1993 mit 47 Mitarbeiterinnen

Stand: 1. November 1993 134 Mitarbeiterinnen

Beantragt: weitere neun Teilprojekte für 103 Mitarbeiterinnen

Ziele:

1. **arbeitsmarktpolitisch:** Vermittlung realistischer Beschäftigungsmöglichkeiten, Stabilisierung der Einkommen, Verzögerung der Abwanderungen aus dieser Region, praxisbezogene Aus- und Weiterbildung, Ausbildung in betriebswirtschaftlicher Kalkulation und Unternehmensführung, Unterstützung von Ausgründungen;
2. **regionalpolitisch:** Nur durch den Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben in Bereichen der landwirtschaftlichen Erzeugung und Verarbeitung, kunsthandwerkliche Produktion, der touristischen Dienstleistungen sowie regionaler und überregionaler Vermarktung kann Strukturbelebung der Region geschehen. Das Modellprojekt dient dem Inangangsetzen von diesen Prozessen.
3. **produktspezifisch:** Herstellung regionaltypischer Produkte wie uckermärkische Spezialitäten bei Käse, Wurst, Brot, Gemüsekuchen, Konfitüren, Trockenfrüchten, Erlernen neuer Verarbeitungs- und Herstellungsverfahren für ökologische und kunsthandwerkliche Produkte

Quelle: Landbote

Abbildung 3: Beschreibung des Projektes Frauen und Arbeit im ländlichen Raum

Das Projekt *"Frauen und Arbeit im ländlichen Raum"* (vgl. Abbildung 3) setzt sich aus vier einzelnen Modellprojekten mit Qualifizierungsanteilen zusammen, die ihrerseits eine Vielzahl von ABM-Projekten umfassen. Diese ABM-Projekte sind miteinander vernetzt und eingebunden in eine Entwicklungsstrategie für die Region Uckermark, die den "Aufbau einer kooperativen Struktur von ökologisch und extensiv produzierenden und verarbeitenden Landbetrieben in der Uckermark in den Bereichen Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung von ökologischen Produkten, Kultur- und Kunsthandwerk, touristischen Dienstleistungen sowie Bildung und Weiterbildung" zum Ziel hat (Uckermärker Landwerkstätten GmbH, 1993). Vorteil dieser Modellprojekte ist ihre Vernet-

zung und die Einbindung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, die eventuelle Ausgründungen erleichtern könnte. Durch die Größe und Zahl der einzelnen ABM-Projekte ist allerdings der Koordinierungs- und Verwaltungsaufwand hoch.

Das Ziel, eine Brücke zum Ersten Arbeitsmarkt zu sein, wird durch die restriktiven Förderbestimmungen für ABM erschwert. Diese führen dazu, daß die meisten Projekte unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ineffizient arbeiten (müssen) und dadurch mögliche Ausgründungen begrenzt sind. Trube (1993) führt folgende Problembereiche auf:

- Aufgrund des Konkurrenzverbotes können sie sich - wenn überhaupt - nur in Nischen wirtschaftlich bewegen. Das bedeutet, daß sie Marktsegmente (z. B. ökologische Gemüseproduktion) in Angriff nehmen, die nur wenig gewinnversprechend zu betreiben sind.
- Aufgrund der geringen Sachkostenausstattung wird der Einsatz des Produktionsfaktors "Arbeit" intensiviert, anstatt ihn durch entsprechende Techniken zu reduzieren. Zudem setzt man aus dem eigenen Anspruch heraus, möglichst viele Leute beschäftigen zu können, auf besonders arbeitsaufwendige Tätigkeitsbereiche.
- Die Konzentration von ABM auf sog. Problemgruppen führt dazu, daß es immer schwieriger ist, für die einzelnen Projekte geeignete und qualifizierte VorarbeiterInnen mit ABM Berechtigung zu finden.

Einen völlig anderen Ansatz hat das Modellprojekt *"Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit"*. Dieses Modellprojekt ist eines von fünf Modellprojekten, die vom Bundesministerium für Frauen und Jugend finanziert werden und auf eine Studie "Erwerbschancen für Frauen aus landwirtschaftlichen Berufen/ländlichen Regionen der neuen Bundesländer" in fünf ausgewählten Landkreisen zurückgehen (BMFJ, 1992). Dieses Projekt ist am 01.11.1993 angelaufen. Ein Team von vier Frauen soll arbeitslose Frauen zu Existenzgründungen, v. a. in gemeinwesenorientierten Bereichen, motivieren und beraten. Schwerpunkt soll auf der Motivation der Frauen liegen, denen dann kompetente AnsprechpartnerInnen in der Wirtschaftsförderung und der Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) vermittelt werden sollen. Zentrale Schwierigkeit dieses Projektes dürfte in dem Aufdecken geeigneter Bereiche für Existenzgründungen liegen, die sich auch mittel- und längerfristig als wirtschaftlich tragfähig erweisen.

Für periphere ländliche Regionen wie Templin wird das Segment eines öffentlich finanzierten Arbeitsmarktes auch in Zukunft eine große Bedeutung v. a. für den Umfang der Frauenerwerbstätigkeit haben. Die aufgezeigten Probleme lassen aber eine Modifikation des Förderinstrumentariums als notwendig erscheinen (vgl. Müller, 1993; Trube 1993). Eine dauerhafte Verbesserung der Erwerbssituation von Frauen ist aber vorrangig von der wirtschaftlichen Prosperität der Regionen abhängig und hier ist das Instrumentarium der Wirtschaftsförderung gefragt.

5 Zusammenfassung

Die seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu beobachtenden Entwicklungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt, wobei ländliche Räume mit ihren relativ ungünstigen Standortbedingungen in besonderem Maße von dem drastischen Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Zudem sind deutliche geschlechtsspezifische Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Beschäftigungssituation zu verzeichnen. Die Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verlief für Frauen weitaus ungünstiger als für Männer. Die frauenspezifischen Erwerbsprobleme resultieren daraus, daß Frauen häufiger entlassen werden, nach der Entlassung seltener wieder einen neuen Job finden, räumlich weniger mobil sind als Männer, und daß sie unterdurchschnittlich von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren. Erst unter Berücksichtigung der Einstellung der Frauen zur Berufstätigkeit, welche in der ehemaligen DDR zu einem selbstverständlichen und unverzichtbaren Element ihrer Lebensplanung geworden war, wird die Tragweite der Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt erkennbar. Aktive Arbeitsmarktpolitik und Beratungsangebote für Frauen können einen wichtigen Beitrag zur Verringerung des Ungleichgewichtes bei den Beschäftigungschancen leisten. Besonders in peripheren ländlichen Regionen wird das Segment eines öffentlich finanzierten Arbeitsmarktes auch in Zukunft eine große Bedeutung v. a. für den Umfang der Frauenerwerbstätigkeit haben. Eine dauerhafte Verbesserung der Erwerbssituation von Frauen ist allerdings vorrangig von der wirtschaftlichen Prosperität der Regionen abhängig und hier ist das Instrument der Wirtschaftsförderung gefragt.

Women's situation on the labour market in rural areas in East Germany

The developments on the East German labour market, induced by the economic, monetary and social union, are characterised by large regional differences. Rural areas with their relative disadvantageous locational conditions are particularly affected by the drastic reduction of jobs. In addition, the transformation process shows clear gender-specific effects on the employment situation: Women are affected stronger by the labour market development. Their specific labour market problems result from the facts that women are more frequently dismissed from their jobs, and that they have more difficulties in finding a new job, that they are less mobile than men, and that they participate less than proportionally in labour market policy measures. Taking into account women's attitude to work - in the former GDR women had internalised their desire to be gainfully employed - shows the far-reaching consequences of women's discrimination on the labour market. Active labour market policies and advisory activities for women may contribute to increase women's job prospects. Especially in peripheral rural areas public labour market policy measures are and will be of great importance for women's participation in gainful employment. A lasting incre-

ase of women's job prospects however depends primarily on the economic prosperity of the regions.

Literatur

Amt für Landwirtschaft: Situationsbericht in der Landwirtschaft des Kreises Templin. - November 1993.

Assenmacher, M.: Wirtschaftssystem und geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt - Theoretische Überlegungen -, - Probleme der Einheit, Bd. 4, Marburg 1991, S. 7-16.

Bauernzeitung (1993), Nr. 28, S. 69. (Arbeitsmarkt: Wenig Chancen für Frauen).

Baur, M.: Zur beschäftigungs- und strukturpolitischen Relevanz von Arbeitsfördergesellschaften in ländlichen Räumen. - Landesagentur für Struktur und Arbeit (Hrsg.), Kleinmachnow 1993.

BMFJ (Hrsg.): Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung - Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. - Materialien zur Frauenpolitik 11/1991.

BMFJ (Hrsg.): Erwerbschancen für Frauen aus landwirtschaftlichen Berufen/ländlichen Regionen der neuen Bundesländer. - Materialien zur Frauenpolitik 19/1992.

Boje, J. et al.: Zur Beschäftigungslage in landwirtschaftlichen Unternehmen und in Gemeinden des Arbeitsamtsbezirkes Neubrandenburg. - Zweiter Zwischenbericht zum IAB-Projekt "Arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf und Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Schwerpunkten der Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern - Region Neubrandenburg", Berlin o. J..

Boje, J. et al.: Beschäftigungsperspektiven und arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf im Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg. - Abschlußbericht zu einem Forschungsauftrag des Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Berlin 1992.

Brinkmann, C. und Völkel, B.: Zur Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in den neuen Bundesländern. - MittAB 3/1992, S. 260-276.

Bundesanstalt für Arbeit: Strukturdaten des Bestandes an Arbeitslosen zum Stand Ende September 1992.

Dietz, F. et al.: Ostdeutsche Arbeitskräfte in Westdeutschland. - MittAB 4/1992, S. 499-518.

Engelbrech, G.: Die Situation von Frauen in den neuen Bundesländern beim Übergang zur Marktwirtschaft - Individualisierung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Problemlagen oder gesellschaftliche Herausforderung? - In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft (1992), H. 77, S. 45-64.

Engelbrech, G.: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit - Einstellungen ostdeutscher Frauen zur Erwerbstätigkeit zwei Jahre nach der Wende - Ergebnisse einer Befragung. - IAB werkstattbericht, (11.06.1993), Nr. 8.

- Engelbrech, G.: Beschäftigungssituation und Arbeitsmarktchancen, *Die Mitbestimmung*, (1993), Nr. 6, S. 11-15.
- Feldmann, S. et al.: Sozialprobleme kleiner Dörfer und deren Lösung im Prozeß der Dorferneuerung, dargestellt an ausgewählten Dörfern Sachsen-Anhalts. - Bemburg 1992.
- Fink, M., Unveröffentlichtes Zahlenmaterial aus einem laufenden Forschungsvorhaben. Braunschweig 1994.
- Fink, M., Langendorf, U., Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Beschäftigungssituation, Lebenshaltung und Versorgungslage ländlicher Haushalte in den neuen Bundesländern. Arbeitsbericht aus dem Institut für Strukturforchung, 1/1992, Braunschweig 1992.
- Fink, M., Grajewski, R., Siebert, R., Zierold, K., Beschäftigungssituation von Frauen im ländlichen Raum der neuen Bundesländer. - Berichte über Landwirtschaft, (1994) (im Druck).
- Hellwig, G., Warum Frauen arbeiten. Zum Selbstverständnis weiblicher Erwerbstätiger in beiden deutschen Staaten, *Deutschland Archiv*, 7 (1974), H. 8, S. 832-840.
- Hiller, K. und Müller, K.: Drastischer Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft. - IAB Kurzbericht, (28.12.1993), Nr. 20.
- Holst, E. und Schupp, J.: Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland. - DIW Diskussionspapier (1993) Nr. 68.
- IAB Werkstattbericht: Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt. - versch. Nr..
- Infratest Sozialforschung: Arbeitsmarkt Monitor für die neuen Bundesländer, Umfrage 11/90 - Textband. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 148.1, Nürnberg 1991.
- König, W. et al.: Betriebswirtschaftliche und agrarstrukturelle Veränderungen der Landwirtschaft in den fünf neuen Bundesländern. - Arbeitsbericht aus dem Institut für Betriebswirtschaft, - Braunschweig Nr. 4/1992.
- Kreisverwaltung Templin: Entwicklungskonzeption der Region Templin. - Templin Okt./Nov. 1993.
- Lagast, K.: Veränderte Lebensbedingungen von Frauen im ländlichen Raum Ostdeutschlands. Ergebnisse einer Fallstudie aus Sachsen-Anhalt. - In: Fachbereich Landwirtschaft, Internationale Agrarentwicklung und ökologische Umweltsicherung der Universität - Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Arbeitsberichte zur angewandten Agrarökonomie Nr. 15/1993, S. 109-113.
- Landbote - Eine Zeitung für die Uckermark, Dezember 1993.
- Lasch, V. und Fuhr, D.: Zur Lebens- und Erwerbssituation von Frauen im ländlichen Raum der neuen Bundesländer. - In: Fachbereich Landwirtschaft, Internationale Agrarentwicklung und ökologische Umweltsicherung der Universität - Gesamthochschule Kassel (Hrsg.): Arbeitsberichte zur angewandten Agrarökonomie Nr. 15/1993, S. 77-93.
- Maier, F.: The labour market for women and employment perspectives in the aftermath of German unification. - *Cambridge Journal of Economics* (1993), 17, S. 267-280.
- Maier, F., Quack, S.: Verliererinnen der Vereinigung? Entwicklungen der Frauenbeschäftigung in Ostdeutschland. - Ostdeutschland (November 1993), Nr. 9, S. 3-5.
- Meissner, G.: Früher LPG-Landwirtschaft-heute chancenlos? - *Ausbildung und Beratung* 46 (1993) H. 3, S. 46/47.
- Nickel, H. M.: Geschlechterverhältnis in der Wende, Individualisierung versus Solidarisierung?. - *Deutschland-Archiv*, 26 (1993), H. 10, S. 1127-1137.
- Ochs, C. und Seifert, H.: Frauen und Arbeitsmarktpolitik. - *WSI-Mitteilungen* 7/1992, S. 439-448.
- Ostdeutschland - Arbeitsmarktentwicklungen und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. - Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziale Angelegenheiten (Hrsg.), versch. Nr..
- Pfalz, A.: Kein Silberstreif für Landfrauen. - *Wochenpost*, 5. März 1992, S. 26.
- Rudolph, H.: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, *MittAB*, 4/1990, 474-503.
- Schenk, S.: Qualifikationsstruktur und Qualifikationsbedarf erwerbstätiger Frauen in den neuen Bundesländern. - In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): Bedingungen der Frauenerwerbsarbeit im deutsch-deutschen Einigungsprozeß, Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung, (1992) Bd. 167, S. 33-48.
- Spitznagel, E.: Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) in den neuen Bundesländern. - *MittAB* 3/1992, S. 277-288.
- Trube, A.: Strukturprobleme des Ersten und Zweiten Arbeitsmarktes. - *Arbeits- und Sozialpolitik*, (1993), Nr. 3-4, S. 33-39.
- Uckermärker Landwerkstätten GmbH: Modellprojekt - Einrichtung von regionalen Innovations-, Weiterbildungs- und Verarbeitungszentren in der Uckermark. - Templin 1993.
- Wagner, A.: Brandenburgische Arbeitsfördergesellschaften (Ergebnisse einer Befragung vom März-Mai 1992). - Landesagentur für Struktur und Arbeit, Kleinmachnow 1992.
- Wiedemann, E.: Rückkehr ins Erwerbsleben bei älteren Arbeitslosen und Frauen sehr erschwert. - *IAB Kurzbericht* (23.09.1992), Nr. 24.
- Verfasserinnen: Fink, Margit, Dipl.-Ing. agr.; Grajewski, Regina, Dipl.-Ing. agr., Institut für Strukturforchung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL), Leiter: Professor Dr. Eckhart Neander.